LSV Salzburg

Landesschüler*innenvertretung

Antragsmappe 3.Schüler*innenparlament der Lsv 2024/25

Tagesordnung

8:00 Check-in

9:00 Begrüßung

9:15 Tagungsbeginn-Vormittag

12:00 Mittagessen

13:00 Tagungsbeginn-Nachmittag

16:00 Tagungsende & Verabschiedung

Antragsverzeichnis

1. Zeitreise ins Mittelalter
2. Einführung zukunftsorientierter Schulfächer zur Vorbereitung auf das Leben nach der Schule
3. Eine LSV „Reformation“
4. Update für unsere Bildung: Digitale Grundbildung neu denken!
5. My Body. My Choice. My Knowledge.
6. Mehr Mitbestimmung, jetzt!
7. Ein Leben verloren – Die Chance zu helfen war da!
8. PFLICHTPRAKTIKUM? PFLICHTBEZAHLUNG! Ein Fördermodell für gerechte Ausbildung an BMHS
9. Nie wieder ist jetzt
10. Krisen verstehen, kritisch denken
11. Wir bewegen uns rückwärts
12. Viele Wege führen nach Rom (& zur Matura): mehr Individualität in Schulen
13. Haltung zeigen: Antifaschismus als Grundwert
14. Erhöhung der Verkehrssicherheit im Umfeld von Schulen
15. Faire Noten durch anonyme Schularbeiten-Bewertung
16. Ist Norwegen in der EU?
17. Berufsschulen sind nicht der Plan B
18. Finanzbildung ist Zukunft – und feministische Selbstbestimmung!
19. Weil es uns doch alle betrifft!
20. Was wir essen macht uns doch viel mehr aus!
21. Tiefer in die Schublade greifen – mental health matters

Antrag 1: Zeitreise ins Mittelalter

Antragsteller*in: LSV Salzburg

Die vorwissenschaftliche Arbeit an den AHS-Schulen wurde reformiert mit der Begründung, dass die Künstliche Intelligenz diese Arbeit für die Schüler*innen schreiben könnte und die Arbeit in dieser Form nicht mehr zeitgemäß ist. Wie wurde die Diplomarbeit, die abschließende Arbeit der BHS Schulen, reformiert? Richtig -gar nicht. Mit genau derselben Begründung könnte man diese Arbeit reformieren, doch von der Umsetzung gab es keine Spur. Klar, die Diplomarbeit ist Teil von einem internationalen Ranking und hat im Ausland Anerkennung. Doch was ist vernünftiger - eine schriftliche Arbeit in 2 Minuten mit ChatGPT zu verfassen oder einen Podcast zu erstellen, in dem Expert*innen ihre Meinung kundgeben und man wirklich in die Praxiswelt eintauchen kann? Bei unserer LSV Umfrage zur Reform der Diplomarbeiten sprach sich eine absolute Mehrheit deutlich für eine Reform der Diplomarbeiten aus. Mehr als die Hälfte verwendet die KI bei ihren Diplomarbeiten, nur 1 von 8 verwenden die KI nie. Allein schon diese Zahlen zeigen für uns - eine Reform ist jetzt notwendiger denn je! Einige wünschen sich, die Diplomarbeit alleine schreiben zu dürfen. Viele fordern, dass sie im Laufe ihrer Schullaufbahn besser und intensiver auf die Diplomarbeit vorbereitet werden. Es gibt keine wirkliche Begründung, warum die Diplomarbeit nicht auch wie die VWA in Form ein Podcast, einer empirischen Umfrage oder weiterem absolviert werden darf. Lasst uns gemeinsam eine riesige Veränderung in unserem System fordern und für diese Veränderung einstehen!

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Eine Reform der Diplomarbeiten in dem Sinne, dass anstatt der klassischen schriftlichen Arbeit ein Podcast, eine empirische Umfrage oder ein Kunstprojekt, je nach Ausbildungsschwerpunkt, angefertigt werden darf
- Die Möglichkeit, die Diplomarbeit alleine schreiben zu können
- Eine intensivere Thematisierung der Diplomarbeit ab Beginn der Sekundarstufe II

Antrag 2: Einführung zukunftsorientierter Schulfächer zur Vorbereitung auf das Leben nach der Schule

Antragsteller: Noah Brunner (HTL Salzburg)

Das aktuelle Schulsystem legt großen Wert auf traditionelle Fächer wie Mathematik, Deutsch und Naturwissenschaften, bietet jedoch nur begrenzt praxisorientierte Inhalte, die auf die Herausforderungen des Erwachsenenlebens vorbereiten. Themen wie das Abschließen von Versicherungen, das Beantragen von Steuern oder der Umgang mit Finanzen werden nicht ausreichend behandelt, obwohl sie essenziell für ein eigenständiges Leben sind.

Ziel des Antrags:

Die Einführung zukunftsorientierter Schulfächer, die praxisrelevante Themen wie:

- Versicherungen abschließen (z. B. Haftpflicht-, Hausrat- oder Krankenversicherung)
- Steuererklärung verstehen und selbstständig anfertigen
- Grundlagen der Altersvorsorge und Investitionen
- Vertragsrecht und Mieten von Wohnungen
- Allgemeine Finanzkompetenz (z. B. Umgang mit Krediten und Zinsen)

Diese Inhalte sollen den Schüler bereits während ihrer Schulzeit das notwendige Wissen vermitteln, um auf das Leben nach der Schule besser vorbereitet zu sein.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Einführung eines Wahlpflichtfaches oder Workshops mit dem Titel „Lebenskompetenzen“.
- Kooperation mit externen Fachkräften (z. B. Steuerberater, Versicherungsagenturen, Verbraucherzentralen), um praxisnahe Einblicke zu ermöglichen.
- Integration einzelner Module dieser Themen in bestehende Fächer wie Wirtschaft oder Sozialkunde.

Erwartete Vorteile:

- Bessere Vorbereitung auf das Erwachsenenleben.
- Förderung von Eigenverantwortung und kritischem Denken.
- Steigerung der Attraktivität und Relevanz des Schulunterrichts.

Antrag 3: Eine LSV „Reformation“

Antragssteller: Felix Wimmer

Die LSV ist nach wie vor eine Vertretung ohne wissende Vertretene. Dies stellt nicht nur ein Problem für die Schüler: innen dar, sondern auch für die LSV selbst. Denn durch Bekanntheit und Aufmerksamkeit wird die Arbeit nicht nur mehr anerkannt, sondern ebenso leichter durchzuführen. Daher braucht es eine LSV, welche gekannt und geschätzt wird. Eine Vertretung und Anlaufstelle von der alle 77000 Schüler: innen wissen. Ebenso muss aber auch die LSV transparent und gläsern sein, um Machtmissbrauch zu verhindern und Vertrauen zu stärken. Denn diese sollte als Brücke zwischen Schüler: innen und Politik agieren.

Weil diese Vorhaben Zeit und Geld kosten braucht es Einsparungen. Daher sollte das 3. Schülerinnenparlament gestrichen werden. Zum einen, weil sich Anträge derzeit wiederholen und damit einen Fokus auf Quantität statt Qualität lenken und zum anderen, weil sich die Mandatare auf die Arbeit der Aufklärung fokussieren sollten.

Zusätzlich sollte sich die Arbeit der LSV-Mandatare nicht mehr von Organisation lenken lassen, aber von den Interessen der Schüler: innen. Daher sollten beispielsweise Podiumsdiskussionen einheitlich als LSV gestaltet werden.

Dies soll nicht ein Antrag sein, welcher das gegeneinander bestärkt, sondern miteinander etwas verändert. Dies soll nicht ein Antrag sein, welcher das Minimum bestärkt, sondern das Maximum fordert. Dies ist ein Antrag für Fortschritt, Ehrlichkeit, Transparenz und Einheit!

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Daher fordert das Salzburger Schülerinnenparlament die Abschaffung des 3. Schülerinnenparlaments
- Daher fordert das Salzburger Schülerinnenparlament, dass das Projekt LSV on Tour flächendeckend ausgebaut wird. Dabei soll jede Schule besucht werden, solange es die Direktion genehmigt.
- Daher fordert das Salzburger Schülerinnenparlament, dass Podiumsdiskussionen und andere Veranstaltungen unabhängig als LSV gestaltet werden.
- Daher fordert das Salzburger Schülerinnenparlament die Veröffentlichung der internen GO.
- Daher fordert das Salzburger Schülerinnenparlament die Umsetzung einer „richtigen“ Projektampel, bei welcher die Forderungen der Organisationen (LSV-Teams) aufgelistet werden. Ganz nach dem Prinzip der Projektampel in Wien 23/24.
- Daher fordert das Salzburger Schülerinnenparlament einen schriftlichen Rechenschaftsbericht von jedem LSV-Mandatar pro Semester, bei welchem der 2. Vor der Wahl veröffentlicht wird.
- Daher fordert das Salzburger Schülerinnenparlament einen verpflichtenden Bericht der LSV bei jedem SIP, wo maximal 5 Fragen gestellt werden können.
- Daher fordert das Salzburger Schülerinnenparlament die Veröffentlichung der Aus- und Eingaben der LSV.
- Daher fordert das Salzburger Schülerinnenparlament die Durchführung regelmäßiger Umfragen zu aktuellen Bildungspolitischen Themen.
- Daher fordert das Salzburger Schülerinnenparlament die Aufhebung der Verschwiegenheitspflicht.
- Daher fordert das Salzburger Schülerinnenparlament die Ausgabe von Infomaterial der Schüler: innenrechte durch die LSV an Schüler: innen.
- Daher fordert das Salzburger Schülerinnenparlament die Veröffentlichung der LSV- Wahlergebnisse direkt nach der Wahl.
- Daher fordert das Salzburger Schülerinnenparlament Unterstützung für Schüler:innenvertretungen anhand von Kooperationen durch die LSV. Z.B. in Fällen von Menstruationsartikeln.

Antrag 4: Update für unsere Bildung: Digitale Grundbildung neu denken!

Antragssteller: Jonas Jetzl (Werkschulheim Felbertal)

Die digitale Welt ist mittlerweile ein unverzichtbarer Bestandteil unseres täglichen Lebens, dennoch bleibt der kompetente Umgang mit digitalen Medien für viele eine erhebliche Herausforderung. Insbesondere Jugendliche, die regelmäßig soziale Netzwerke nutzen, verfügen häufig nicht über ausreichende Kenntnisse in den Bereichen Datenschutz, Fake News, Urheberrecht und Cybermobbing. Gleichzeitig führt die kontinuierliche Nutzung sozialer Medien zunehmend zu einer Belastung der psychischen Gesundheit.

Aktuelle wissenschaftliche Studien verdeutlichen, dass eine intensive Nutzung sozialer Medien mit einer Reihe von negativen psychischen Auswirkungen wie erhöhtem Stress, Schlafstörungen, vermindertem Selbstwertgefühl sowie der Entstehung von Angststörungen und Depressionen verbunden ist. Der ständige Vergleich mit idealisierten Darstellungen in sozialen Netzwerken, die permanente Erreichbarkeit und die Gefahr von Cybermobbing stellen bedeutende Risikofaktoren für Jugendliche dar. Diese Entwicklungen unterstreichen die dringende Notwendigkeit einer vertieften Auseinandersetzung mit dem Thema in der schulischen Bildung.

Obwohl das Fach „Digitale Grundbildung“ in Österreich eingeführt wurde, bleiben zentrale Themen wie der kritische Umgang mit sozialen Medien und deren Auswirkungen auf die psychische Gesundheit bisher weitgehend unberücksichtigt. Um Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen der digitalen Welt angemessen vorzubereiten, ist eine inhaltliche Erweiterung und Vertiefung des Unterrichts erforderlich. Neben der Vermittlung technischer Fähigkeiten sollte dabei insbesondere die Förderung einer kritischen Reflexion der Mediennutzung, der Umgang mit Cybermobbing sowie der Schutz der eigenen psychischen Gesundheit im Vordergrund stehen.

Studie / Quelle:

https://link.springer.com/article/10.1007/s00103-024-03848-y

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Die Weiterentwicklung des Pflichtfachs „Digitale Grundbildung“ mit besonderem Schwerpunkt auf den kritischen und reflektierten Umgang mit sozialen Medien.
- Verpflichtende und regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen für Lehrpersonen zur Stärkung ihrer Social-Media-Kompetenz sowie zur Sensibilisierung im Hinblick auf die psychischen Auswirkungen sozialer Medien auf Jugendliche.
- Die Implementierung von Projekttagen an Schulen zur Förderung der Social-Media-Kompetenz und des kritischen Denkens im Umgang mit digitalen Inhalten.

Antrag 5: My Body. My Choice. My Knowledge.

Antragstellerin: Ebba Schwarzacher (Musisches Gymnasium)

Rund 36.000 Mädchen besuchen im Land Salzburg eine Schule – jede einzelne muss versuchen, sich in einer Welt zu orientieren, in der Themen rund um ihre eigene Gesundheit viel zu oft tabuisiert oder nur oberflächlich behandelt werden. 36.000 Mädchen müssen sich informieren über ihren eigenen Körper, weil es zu beschämend wäre nachzufragen. Es fehlt an umfassender Aufklärung und Wissen über Themen wie Menstruation, Verhütung, hormonelle Veränderungen und gynäkologische Gesundheit. Genau diese Lücken führen dann zu Unsicherheiten und Unwohlsein in dem eigenen Körper.

Unsere Gesellschaft entwickelt sich weiter und es muss möglich sein, jungen Frauen den Raum zu geben, sich über ihre eigene Gesundheit und ihren Körper zu informieren, denn Bildung über den eigenen Körper ist nicht nur ein Recht, sondern eine Grundlage für eine gesunde, selbstbestimmte und gleichberechtigte Gesellschaft.

Mein Antrag soll Mädchen die Chance geben über ihre eigene Gesundheit zu lernen, zu wissen wo sie hingehen müssen wenn etwas nicht stimmt und ohne Scham nachzufragen.

Dabei wäre eine Zusammenarbeit mit diversen Gesundheitsorganisation von Vorteil um Workshops mit ÄrztInnen, Hebammen und Sexualpädagoginnen fachkundig durchzuführen. Wissen ist Macht – und Bildung über den eigenen Körper ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Die Einführung dieser Workshops wäre ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung und gesundheitlicher Aufklärung.

Ich möchte über meinen eigenen Körper nicht im Dunkeln gelassen werden, und ich weiß die anderen 36.000 Schülerinnen Salzburgs auch nicht.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Einführung verpflichtender Workshops für Mädchen in der Unterstufe (5.–8. Schulstufe)
- Fachkundige Durchführung von den Workshops durch Ärzt:innen, Hebammen oder Sexualpädagog:innen
- Verpflichtende Inhalte:
    - Menstruation & Zykluswissen
    - Verhütungsmethoden & deren Auswirkungen
    - Hormonelle Veränderungen & Pubertät
    - Gynäkologische Gesundheit & wichtige Untersuchungen
    - Sexuelle Gesundheit & Selbstbestimmung

Quellen: Schulen, Klassen und Schüler/innen - Salzburg 2018/19

Antrag 6: Mehr Mitbestimmung, jetzt!

Antragssteller: Franz Foßl, PG der Herz-Jesu-Missionare

Wir als Schüler_innenvertreter_innen haben es lange gefordert und nun hat sich tatsächlich etwas getan. Die Einführung eines eigenständigen Faches, das sich mit Politik und Demokratie auseinandersetzt, steht in Form eines Faches „Demokratiebildung“ in der Sekundarstufe I im neuen Regierungsprogramm. Jedoch muss es zum einen erst einmal umgesetzt werden und zum anderen ist die Arbeit mit einem zusätzlichen Fach nicht getan. Wenn wir wollen, dass Jugendliche sich wieder mehr für Politik interessieren und auch selbst Motivation zeigen, etwas in unserem Schulsystem zu verändern, dann ist trockene Theorie in einem zusätzlichen Pflichtfach zwar ein Anfang, aber noch lange nicht genug. Schüler_innen müssen am eigenen Leib erfahren, was es heißt, mitbestimmen zu können. Seien es schulinterne SiPs (hier hat die LSV Salzburg durch ihr Konzept schon eine hervorragende Vorarbeit geleistet), regelmäßige Umfragen durch die SV oder Klassensprecher_innenkonferenzen, es gibt unzählige Möglichkeiten der schulinternen Mitbestimmung. Um die überschulische Vertretung näher zu bringen, soll verpflichtend am Anfang jedes Schuljahres das LSV-Vorstellungsvideo gezeigt werden und das Konzept „LSV on tour“ soll beibehalten werden. Zusätzlich soll die Aufklärung über die überschulische Vertretung eine wichtige Säule im neuen Fach werden, wo auch die kritische Auseinandersetzung mit dem Wahlverfahren der LSV einen Platz finden soll. Nur so kann die bestmögliche Mitbestimmung von uns Schüler_innen am politischen Geschehen gewährleistet werden!

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Die tatsächliche Einführung eines eigenständigen Faches „Demokratiebildung“ in der Sekundarstufe I, wie im Regierungsprogramm erwähnt
- Die kritische Auseinandersetzung mit der überschulischen Vertretung, sowie dem Wahlverfahren der LSV im besagten neuen Fach
- Einführung in das SV-System Österreichs für alle Schüler_innen am Anfang jedes Schuljahres durch das Vorführen des LSV-Videos im Unterricht
- Beibehaltung des Konzeptes „LSV on tour“
- Verpflichtende Miteinbeziehung der Schüler_innen in den Schulalltag und Entscheidungen der SV durch regelmäßige Umfragen, schulinterne SiPs, Klassensprecher_innenkonferenzen oder ähnlichem

Antrag 7: Ein Leben verloren – Die Chance zu helfen war da!

Antragssteller: Luca Ebner (SuM-Rg/SSM)

Erste-Hilfe-Kurse sollen nicht nur Leben retten können, sondern auch: Sicherheit geben; helfen in einer Notsituation handeln zu können; Ängste abzubauen und Handlungskompetenzen zu fördern sowie das Gemeinschaftsgefühl und das Verantwortungsbewusstsein zu stärken.

Außerdem soll der Kurs für den Führerschein angerechnet werden – damit er nicht nur eine Pflicht, sondern eine Chance ist. So würden Schüler:innen nicht einen anderen Tag für den Kurs „verschwenden".

Die Schule ist der beste Ort, um dieses Wissen früh und langfristig zu vermitteln. Erste Hilfe darf kein freiwilliges extra mehr sein – sie muss eine Selbstverständlichkeit werden!

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Verpflichtende Erste-Hilfe-Kurse für alle Schülerinnen und Schüler als festen Bestandteil des Schulunterrichts – mit Anrechnung für den Führerschein.

Antrag 8: PFLICHTPRAKTIKUM? PFLICHTBEZAHLUNG! Ein Fördermodell für gerechte Ausbildung an BMHS

Antragstellerin: Viktoria Weigl (Modeschule Hallein)

Ich bin Schülerin einer BMHS – und ich verbringe den gesamten Juli in meinem Pflichtpraktikum. Ein Praktikum, das mir meine Schule vorschreibt, das Teil meiner Ausbildung ist, das ich absolvieren muss, um meine Matura zu bekommen – und das nicht bezahlt wird.

Ich arbeite also vier Wochen lang für einen Betrieb. Ich bekomme keinen Lohn, keine Fahrtkosten, keinen Essenszuschuss. Und das ist kein Einzelfall: Tausende Schüler*innen in ganz Österreich absolvieren jedes Jahr genau solche Pflichtpraktika – unbezahlt, rechtlich kaum geschützt, oft ohne echte Anerkennung.

Besonders für jene, die im Sommer auf ein zusätzliches Einkommen wie einen Ferialjob angewiesen sind, ist das eine enorme Belastung. Sie stehen vor der Entscheidung: Pflicht erfüllen oder Geld verdienen? Ausbildung oder Absicherung?

Diese Situation ist sozial ungerecht und bildungspolitisch falsch. Pflichtpraktika sind Teil des Curriculums – und das heißt: Die Ausbildung kostet in dieser Zeit nicht nur nichts, sie kostet aktiv Zeit, Energie und Geld. Während viele AHS-Schülerinnen oft ein paar Praktikumstage absolvieren müssen, leisten BMHS-Schülerinnen meist mehrwöchige, unbezahlte Arbeit in den Sommerferien.

Das trifft besonders Jugendliche aus finanziell schwächeren Familien und ist ein direkter Angriff auf Chancengerechtigkeit.

Wir brauchen ein System, das Pflichtpraktika nicht zur Ausbeutung macht, sondern wertschätzt. Ein System, das soziale Absicherung mitdenkt. Ein System, das Schüler*innen nicht zwingt, unbezahlt zu arbeiten, nur um ihren Abschluss zu bekommen.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Die Einführung eines Fördertopfs, aus dem Schülerinnen eine finanzielle Unterstützung für ihr Pflichtpraktikum erhalten, wenn sie keine oder nur sehr geringe Bezahlung bekommen. Die Förderung soll einfach beantragbar sein und ohne komplizierte Einkommensnachweise auskommen.
- Alle Schulen mit Pflichtpraktika sollen verpflichtet werden, ihre Schüler*innen frühzeitig und umfassend über die Bedingungen, so wie ihre Rechte und Pflichten von ihrem Praktikum zu informieren – insbesondere über fehlende Entlohnung, rechtliche Rahmenbedingungen und mögliche Förderungen. Zusätzlich sollen Schulen aktive Empfehlungen für faire Praktikumsbetriebe abgeben.

Antrag 9: Nie wieder ist jetzt

Antragstellerin: Carolin Huber (Musisches Gymnasium Salzburg)

„Ihr seid nicht dafür verantwortlich für das, was geschah. Aber dass es nicht wieder passiert, dafür schon."

„Damals hat es genauso angefangen. Ihr müsst jetzt handeln."

Jeden Sonntag besuche ich meine Oma und neben den

Standard-Oma-Sätzen, wie „Isst du eh genug, mein Kind?"

„Läuft in der Schule eh alles gut." und den allgemeinen

Klatsch und Tratsch über die vermeintlichen Liebschaften der Nachbarsleute, höre ich vor allem in letzter Zeit immer öfters diese beiden Sätze.

Und ja, ich habe diesen Antrag beim letzten Sip bereits gestellt. Aber uns fehlte die Zeit, um ihn zu diskutieren.

Doch genau das ist ein großes Problem.

Wir können und dürfen keine Zeit mehr verlieren und nur dabei zusehen wie sich immer mehr Parallelen zu vor 80 Jahren auftun.

Selbst wenn, man oftmals Ratschläge von älteren Generationen nur mit einen Augenverdrehen erträgt, müssen wir uns diesen Einen wirklich zu Herzen nehmen. Denn immer häufiger werden die antisemitischen Vorfälle weltweit und das leider eben auch in Österreich.

Gewaltvolle Angriffe, antisemitische sowie faschistische Schmierereien und NS-Parolen sind leider traurige Realität. Auch Mobbing sowie Drohungen aufgrund von religiöser oder kultureller Herkunft werden schrecklicherweise alltäglich.

In den sozialen Netzwerken häufen sich besorgniserregende Posts.

Posts, die gezielt Minderheiten diskriminieren, die NS-Zeit verharmlosen und Hass gegen bestimmte Menschengruppen schüren.

Genauso nützen immer häufiger faschistische Parteien und Bewegungen die sozialen Medien, um ihre veralteten Denkens Weisen mit angesagten Kurzvideos in die Algorithmen der Jugendliche zu bringen und mit den allgegenwertigen Zukunftssorgen, die uns alle betreffen, Hass gegen Minderheiten, zu schüren.

Selbst in Österreichs Schulen hört man leider viel zu oft von vermehrten antisemitischen Fällen.

Auf Tische gekritzelte NS-Zeichen, sogenannte „Witze" über die Shoah, das Unterstützen von faschistischen Parteien sowie das Zeigen des Hitler- Grußes.

Diese Ereignisse sind einerseits zu tiefst besorgniserregend, aber auch im Hinblick unserer Vergangenheit einfach nur beschämend.

Es ist eine Schande, dass man immer mehr Parallelen zu der Zeit vor 80 Jahren ziehen kann, zu viele Menschen selbst Zeitzeug:innen überhören, wenn sie sagen, dass es damals genauso angefangen hat und faschistische Parteien bei jeder Wahl immer mehr an Beliebtheit erlangen. Und dennoch kann man sich viel zu oft ein „ach, stell dich doch nicht so an. Du malst den Teufel an die Wand, unsere Demokratie ist doch viel zu gefestigt, um dass das noch einmal passieren könnte.“, wenn man laut für seine Zukunft einsteht. Faschistische Vorfälle in Schulen werden als Provokation abgestempelt. „Denn sie seien doch nur Jugendliche und würden es ja nicht besser wissen.“ Aber genau dieses Wegschauen, ist wirklich gefährlich. Denn wer in der Demokratie schläft wacht im Faschismus wieder auf.

Das darf so nicht weitergehen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich die Lage weiter zuspitzt und sich die Geschichte wiederholt. Genau deshalb bedarf jetzt an präventiver Aufklärung, um unsere Demokratie zu erhalten und um die Vergangenheit aufzuarbeiten. Denn Österreich war Täter. Deswegen fordere ich verpflichtende Workshops von schulexternen Personen über den Faschismus, der den Grundstein für die NS-Zeit gelegt hat. Lektüren wie zum Beispiel „die Welle“ müssen in den Unterricht eingebaut werden, um zu zeigen, dass es sehr wohl ,mit genügend Manipulation und Gruppengefühl, möglich ist Wiederholungen der Geschichte bis heute herbeizuführen. Zudem sollen Klassen verpflichtet sein sich mit ihrer eigenen Geschichte während der Zeit des Nationalsozialismus auseinandersetzen. Denn es reichen nicht nur harte Zahlen und Fakten, sondern wir müssen tiefer gehen und nach dem „Warum?“ sowie den sozialen und politischen Hintergründen fragen, um das Schlimmste zu verhindern.

Stehen wir jetzt gemeinsam für unsere Demokratie auf.

Nie wieder muss jetzt sein!

Kein Vergeben, kein Vergessen.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Präventiv- Arbeit zur Aufarbeitung kolonialer Geschichte im Bezug auf die NS-Zeit im Unterricht
- Verpflichtender Einbau von Lektüren, die sich mit dem Aufstieg von Ideologien befassen
- Workshops von schulexternen Personen im Bezug auf den weltweiten Rechtsruck sowie den Parallelen mit dem Aufstieg des Faschismus vor 80 Jahren
- Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte während des Nationalsozialismus

Antrag 10: Krisen verstehen, kritisch denken

Antragssteller: Luis Schlager (BG/BRG Hallein)

Da in den letzten Jahren besonders viele Konflikte, Naturkatastrophen und Kriege geschehen sind, braucht die neue, junge Generation eine dementsprechende Aufklärung bezogen auf diese Themen. Sie sollten in der Schule diskutiert und ausgearbeitet werden. Besonders in Fächern wie Geographie, Geschichte, Wirtschaft und Politik, ist es von hoher Bedeutung, dass die Lehrkräfte aktuelle Themen in den Unterricht einbinden. Außerdem wecken solche auch das Interesse von Schüler*innen und stärken ihr Allgemeinwissen, da sie sich mit den neuesten Themen beschäftigen und oftmals dadurch im Unterricht mehr mitmachen.

Zudem werden derzeit viele „Fake-News“ oder einseitige Ansichten durch soziale Medien und deren Algorithmen verbreitet. Dadurch lässt sich um den User herum eine Echo-Chamber bilden, welche dann nur mehr dieselben Informationen beinhaltet. Aus diesem Grund hat die neutrale Sichtweise und Aufklärung in der Schule eine hohe Priorität. Diese soll zusätzlich durch Schulungen des Lehrpersonals gestärkt werden. Das dient dazu, dass Schüler*innen sich durch mögliche Diskussionen und Gespräche unbeeinflusst eine eigene Meinung bilden können.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Spendenaktionen zu diesen Themen, da nicht nur diskutiert, sondern auch etwas dafür getan werden sollte, um die Lage in den jeweiligen Krisengebieten, wenn möglich, zu verbessern. Dies trägt dazu bei, dass das Empathie-Empfinden der Schüler*innen steigt und gebildet wird. Zudem werden Schüler*innen durch die Aufklärung möglicherweise in ihrem Konsum nachsichtiger, und entwickeln ein anderes Weltbild.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Aktuelle Themen sollen besonders in Fächern im Bereich Geografie, Geschichte, Wirtschaft und Politik miteinbezogen werden
- Neutrale, objektive Aufklärung über Konflikte, Krisen und Kriege (dies soll durch Schulungen für Lehrkräfte gesichert werden)
- Einrichtung regelmäßiger Projekttage mit Workshops zu aktuellen globalen Krisen, Konflikten und nachhaltiger Entwicklung, um tiefere Auseinandersetzungen und aktives Engagement zu ermöglichen. Verankerung von Medienkompetenz im Lehrplan, um den bewussten Umgang mit Informationen aus sozialen Medien und die Erkennung von FakeNews zu fördern.

Antrag 11: Wir bewegen uns rückwärts

Antragstellerin: Sarah Seywald, HAK Zell am See

Ja, wir bewegen uns rückwärts. Und das meine ich, wenn ich mir unser gesellschaftliches Verständnis von Demokratie anschaue. Das meine ich aber auch, wenn ich auf die Reproduktion von Geschlechterstereotypen – in Gesellschaft und vor allem Schule – blicke. Ob es nun Vorschläge bezüglich einer „Herdprämie“ sind oder die Unterrepräsentation von FLINTAs in MINT-Berufen.

Gleichberechtigung sollte doch eigentlich schon längst als zentrales Prinzip in unserer Gesellschaft verankert sein. Auch wenn viele meinen, wir würden in einem Land leben, in dem Gleichberechtigung selbstverständlich ist, ist dies leider nicht der Fall. Das lässt sich nicht nur an dem Sexismus erkennen, dem weiblich gelesene Personen tagtäglich begegnen, sondern auch mit Zahlen belegen:

- 44 Tage sind es, die Frauen jedes Jahr kostenlos arbeiten
- 12 % beträgt der Gender-Pay-Gap laut Statistik Austria 1
- 40 % sind es sogar beim Gender-Pension-Gap 2

Doch nun stellt sich die Frage: Was haben zum Beispiel Pensionen mit unserem Schulsystem zu tun? Ganz schön viel. Der Grund, wieso dieser Gender-Pension-Gap so gravierend ist und zur Pensionsarmut vieler FLINTAs führt, liegt zum Beispiel im Geschlechterverhältnis von MINT-Berufen. Doch warum ist der FLINTA-Anteil in diesen Berufen so gering? Weil sich FLINTAs oft weniger zutrauen. Und woran liegt das? Weil ihnen von klein auf beigebracht wird, sie seien schwächer, emotionaler und für solche Berufe einfach nicht geeignet.

Doch nicht nur Unterrepräsentation in Berufsfeldern ist ein Problem, sondern auch unbezahlte Care- Arbeit. Und auch hier lässt sich das Ungleichgewicht wieder in Zahlen belegen:

- Die Hälfte der gesamten Arbeitszeit (beruflich und privat), die Frauen gesamt leisten, sind unbezahlt, bei Männern beträgt dieser Anteil nur ein Drittel
- 2 Stunden mehr unbezahlte Arbeit als der durchschnittliche Mann, leistet die durchschnittliche Frau in Österreich pro Tag. 3

Wollen wir diese Geschlechterkluft also langfristig beheben, müssen wir im Schulsystem ansetzen. Wir müssen einerseits anfangen, allen Jugendlichen die gleichen Chancen zuzusprechen. Andererseits müssen wir uns aber auch eingestehen, dass die Chancen nicht für alle gleich sind. Und weil Chancengleichheit eben nicht gegeben sind, müssen wir Chancengerechtigkeit schaffen. Gerechte Chancen für alle, unabhängig von Geschlecht, finanziellem und sozialem Hintergrund, den Beruf zu erlernen, für den sie sich begeistern. Deshalb muss sich Schule klar gegen Forderungen wie eine „Herdprämie“ aussprechen. Mehr noch, Schule muss aktiv Stereotype aufbrechen und über beispielsweise Gender-Pay-Gap, Care-Arbeit und Alltagssexismus lehren. Denn nur wer sich diesem Ungleichgewicht bewusst ist, kann mithelfen, sie in Zukunft zu bekämpfen.

1 Equal Pay Day

2 Equal Pension Day - Österreichischer Städtebund

3 Frauen verbringen mehr Zeit mit Arbeit als Männer

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Thematisierung des Gender-Pay-Gap, unbezahlter Care-Arbeit und Alltagssexismus im Unterricht
- Verstärkte Förderung von Schüler*innen im MINT-Bereich mit Fokus auf ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis
- Ausbau von Anlaufstellen für Schüler*innen, die Diskriminierung in der Schule erfahren

Antrag 12: Viele Wege führen nach Rom (& zur Matura): mehr Individualität in Schulen

Antragstellerin: Katharina Gamperer (WRG Salzburg)

Eine AHS zu besuchen, das bedeutet – laut unserem Schulsystem – allgemein ausgebildet zu werden. Ganz nach dem Motto: Von allem ein bisschen, werden viele von uns den lieben langen Tag unterrichtet. Aber wenn wir ehrlich sind, einiges davon liegt uns jeweils eigentlich nicht wirklich und wird uns auch im späteren, beruflichen Leben nichts nutzen.

Klar, wen das stört, der hätte sich doch für eine BHS oder BMS entscheiden können, aber mit 14, 15 oder 16 Jahren wissen normalerweise nur wenige, was sie in ihrer Zukunft für einen Beruf ausüben möchten oder was sie wirklich interessiert. Und selbst in Berufsbildenden Schulen gibt es nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Individualisierung des Lehrplans.

Wäre es nicht besser, wenn man in allen Schulen die Möglichkeit hätte, mehr Individualität auszuleben und das unabhängig vom Alter? Warum sollten wir dasselbe Lernen, wenn wir doch alle unterschiedlich sind und uns stattdessen nicht viel eher mit dem auseinandersetzen, was uns persönlich interessiert?

Freiwillige Wahlfächer sind an den meisten Schulen, vor allem in den höheren Stufen, oft nur dünn besucht. Selbst wenn manche dieser Fächer eigentlich interessant klingen, finden sich kaum Personen, die die zusätzliche Unterrichtszeit freiwillig in Kauf nehmen und so kommen manche dieser Fächer aufgrund zu geringer Anmeldezahlen nicht zustande und selbst die wenigen Interessierten müssen verzichten. Das muss besser gehen! Lasst uns das Lernen, was wir wissen wollen!

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Erste Möglichkeiten zur Auswahl von Wahlpflichtfächern ab der 6. oder 7. Schulstufe.
- Die schrittweise Steigerung zu bis zu 10 Wochenstunden an Wahlpflichtfächern in jeder AHS, so wie dies in wirtschaftskundlichen Realgymnasien bereits der Fall ist.
- Den vermehrten Einsatz von modularer Oberstufen in Salzburg.
- Die Möglichkeit zur Abwahl, beziehungsweise zur partiellen Stundenkürzung von nicht- Pflichtgegenständen mit Beginn der Oberstufe, sodass keine zusätzlichen Unterrichtsstunden durch Wahlpflichtfächer für die Schüler*innen anfallen.
- Ein vermehrtes Angebot von stufenübergreifenden Wahlfächern, damit diese leichter zustande kommen und es eine größere Auswahl gibt. Zusätzlich die Förderung von Kooperationen zwischen Schulen im Bereich der Wahlfächer.

Antrag 13: Haltung zeigen: Antifaschismus als Grundwert

Antragssteller: Marcus Gallei (BG Zauner)

Antifaschismus ist ein Grundwert jeder Demokratie. Antifaschistische Arbeit ist ein grundlegender Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft und hat wesentlich zur Etablierung und Verteidigung der Demokratie in Österreich beigetragen. Für mich ist klar: Demokratie ist eine der wichtigsten Errungenschaft unserer Gesellschaft und der Geschichte Österreichs. Deshalb sollten wir bereit sein unsere Demokratie zu schützen und zu verteidigen.

Wenn rechtsextreme Kräfte, die offen faschistoide Strukturen anstreben, versuchen unsere Gesellschaft durch Verbreitung von Lügen und Desinformation zu spalten, ist es wichtiger denn je, diesen Tendenzen entschlossen entgegenzutreten. Rechtsextreme Ideologien zielen darauf ab, Ängste zu schüren, um gesellschaftliche Spannungen zu verstärken. Sie nutzen gezielt gesellschaftliche Unsicherheiten, um ihre Hetze zu verbreiten und Minderheiten zu diskriminieren. Diese Entwicklung bedroht nicht nur den sozialen Frieden, sondern untergräbt auch die Werte, auf denen unsere Demokratie basiert: Freiheit, Gleichheit, Respekt vor der Menschenwürde und Solidarität. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass wir als Jugendliche & als Schüler*innenvertreter*innen aktiv für Antifaschismus eintreten.

Gerade gestern waren einige LSV-Mandatar*innen mit hunderten weiteren Teilnehmer*innen bei dem 80. Jubiläum der Befreiungsfeier des KZ Mauthausen. Immer, wenn faschistoide Äußerungen, Gestiken, Tendenzen oder Geschichtsrevisionismus stattfindet, MÜSSEN wir auf unsere Geschichte zurückblicken und verstehen, was Faschismus bedeutet: Unterdrückung, Leid, Folter, Qual, Tod & Krieg;

Und dann sollte jede*r von uns sagen: Nie wieder ist jetzt!

Wer sich als Demokrat*in bezeichnet, MUSS gleichermaßen für Antifaschismus eintreten.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Die Positionierung der LSV Salzburg, dass sie Antifaschismus als Grundwert ihrer politischen Arbeit sieht und für Antifaschismus eintritt
- Die aktive Teilnahme der Mandatar*innen der LSV Salzburg an Gedenkveranstaltungen, an Aktionen wie „Salzburg glänzt“, und der alljährlichen Befreiungsfeier im KZ Mauthausen

Antrag 14: Erhöhung der Verkehrssicherheit im Umfeld von Schulen

Antragssteller: Noah Gaderer (HAK Zwei)

Sichere Schulwege sind eine grundlegende Voraussetzung für die Förderung der eigenständigen Mobilität sowie der körperlichen und psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Laut der Verkehrsunfallstatistik 2023 des Landes Salzburg ereigneten sich im vergangenen Jahr 87 Verkehrsunfälle mit Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Ein erheblicher Teil dieser Unfälle fand auf dem Schulweg oder in unmittelbarer Nähe zu Schulen statt. Besonders auffällig ist, dass überhöhte Geschwindigkeit sowie unübersichtliche Verkehrssituationen als Hauptursachen identifiziert wurden.

Auch auf österreichischer Ebene zeigt sich eine besorgniserregende Situation: Laut dem Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) passieren jährlich etwa 1.000 Verkehrsunfälle mit Schulkindern, wobei viele dieser Unfälle im direkten Umfeld von Schulen oder auf dem Schulweg stattfinden. Studien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) belegen, dass bereits eine Reduktion der Geschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h das Risiko tödlicher Unfälle um bis zu 80 % senken kann.

Zusätzlich zeigt eine Umfrage der Salzburger Mobilitätsagentur (2022), dass 68 % der Eltern ihre Kinder bevorzugt zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule schicken würden, wenn sichere und beruhigte Wege vorhanden wären. Diese sichere Infrastruktur würde nicht nur den Schutz der Schüler*innen verbessern, sondern auch einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz leisten, indem der Elterntaxi-Verkehr reduziert und die aktive Mobilität gefördert wird.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Verpflichtende Einführung von Tempo-30-Zonen rund um alle Pflicht- und höhere Schulen im gesamten Bundesland Salzburg, um die Sicherheit der Schüler*innen deutlich zu erhöhen und die Unfallgefahr zu verringern.
- Errichtung baulich abgegrenzter verkehrsberuhigter Bereiche im direkten Umfeld der Schulen, um Geschwindigkeiten weiter zu senken, die Aufenthaltsqualität für Schüler*innen zu erhöhen und die Aufmerksamkeit der Autofahrer*innen zu steigern.
- Sichere Gestaltung aller Schulwege durch die Einrichtung von Zebrastreifen oder Ampelanlagen an besonders gefährlichen Querungspunkten sowie durch die Verbesserung der Beleuchtung und sichtbaren Beschilderung, um eine bessere Sichtbarkeit und mehr Sicherheit zu gewährleisten.

Antrag 15: Faire Noten durch anonyme Schularbeiten-Bewertung

Antragstellerin: Alina Matharu (BGZaunergasse)

Schularbeiten entscheiden oft über Noten, Aufstieg oder Abschluss. Und damit auch über die Zukunftschancen von Schüler*innen.

Bewertungen sollten deshalb immer objektiv und unabhängig von Sympathie, Bekanntheit oder Vorurteilen erfolgen.

Unbewusste Vorannahmen und persönliche Beziehungen können jedoch die Wahrnehmung der Leistungen beeinflussen. Studien zeigen, dass selbst erfahrene Lehrkräfte nicht völlig frei von sogenanntem „unconscious bias“ (Unbewusste Vorurteile) bewerten.

Um mehr Fairness und Objektivität in der Leistungsbewertung zu schaffen, soll an allen Schulen Salzburgs die anonyme Korrektur von Schularbeiten eingeführt werden. Statt des Namens schreiben die Schüler*innen einen Code auf ihr Blatt, sodass die Lehrperson nicht weiß, um welche Person es sich handelt. Eine Liste von Codes soll von dem KV oder Co-KV verwaltet werden, um Datenschutz und Vertrauen zu gewährleisten. Die Lehrkräfte würden die Arbeiten rein anhand der Leistung beurteilen, ohne die Identität der Schüler*innen zu kennen.

Eine anonyme Bewertung sorgt dafür, dass jede Leistung gleichwertig behandelt wird, unabhängig von persönlichen Eindrücken. Gerade bei wichtigen Schularbeiten soll jede*r die Sicherheit haben, dass nur die Qualität zählt. Andere Länder (Irland, Großbritannien) haben mit anonymen Prüfungen bereits positive Erfahrungen gemacht. Es ist Zeit, dass auch wir diesen wichtigen Schritt für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit gehen.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Die Einführung einer anonymen Benotung bei Schularbeiten mittels Codes an allen Schulen Salzburgs.
- Eine klare Regelung zur Verwaltung der Codes durch KV oder Co-KV, um Anonymität und Datenschutz zu gewährleisten.

Antrag 16: Ist Norwegen in der EU?

Antragstellerin: Nina Proft (HLWM Annahof)

Ist Norwegen in der EU? Was sind Fake News?

Genau das sind alles berechtigte Fragen, die man als Schüler:in stellen darf, oder auch generell, wenn man nicht gerade im EU-Parlament sitzt. Denn in der Schule wird uns das nicht gelehrt, sondern wohl eher totgeschwiegen.

Was macht politische Bildung im Unterricht? Und warum sehen sich laut der PISA-Studie nur 44 Prozent der 15-Jährigen in Österreich in der Lage, die Qualität von Informationen zu überprüfen?

Politische Bildung im Unterricht vermittelt Wissen über politische Systeme, demokratische Werte, Rechte und Pflichten der Bürger:innen sowie aktuelle gesellschaftliche Themen. Ziel ist es, kritisches Denken, Urteilsfähigkeit und politische Teilhabe zu fördern, sodass Schüler:innen informierte und engagierte Bürger:innen werden. Politische Bildung sollte nicht erst die Stunde vor der Nationalratswahl mal zufällig erwähnt werden.

Die politische Bildung ist ohne Zweifel etwas, das seit Jahrzehnten gefordert, aber bis jetzt noch nicht umgesetzt wurde. Doch genau jetzt ist der Moment, bei dem wir nicht aufhören können. Die Schule soll uns aufs Leben vorbereiten, doch warum macht sie das nicht? Warum müssen wir selbst lernen, wie die Minister:innen überhaupt in ihr Amt kommen und was überhaupt eine Koalition ist?

Meiner Meinung nach soll politische Bildung ein Grundrecht sein. Denn wir Schüler:innen verdienen es, aufgeklärt zu werden, wie unsere Demokratie funktioniert, wie das System aufgebaut ist und wie sehr uns die Politik in unserem Alltag beeinflusst. Und ich hoffe, ihr seid derselben Meinung.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Politische Bildung und Medienkunde als verpflichtendes Unterrichtsfach ab der Sekundarstufe II
- Ein Mal im Jahr verpflichtende Besuche bei demokratieprägenden Instituten
- Aufklärung über die überschulische Vertretung im Unterricht

Antrag 17: Berufsschulen sind nicht der Plan B

Antragssteller: David Gruber

Eine Anreise durch ganz Salzburg, stundelanges Sitzen, kein altersgerechter Umgang im Schüler:innenheim und wenig bis zu keinem Mitspracherecht. Genau so geht es den Salzburger Berufsschüler:innen tagtäglich.

In den letzten Jahren hat sich die Diskussion um das Bildungssystem intensiviert, jedoch wurde ein entscheidender Bereich oft übersehen: die Berufsschulen. Während Reformen und Debatten häufig die allgemeinbildenden Schulen adressieren, müssen wir dringend den Blick auf die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen der Berufsschulen lenken. Es ist an der Zeit, die bestehenden Ungerechtigkeiten anzuerkennen und Maßnahmen zu ergreifen, um sie zu beheben.

Ein zentrales Anliegen betrifft die Teilnahme an den Sitzungen des Schulgemeinschaftsausschusses (SGA). Derzeit sind nur zwei Sitzungen pro Schuljahr vorgeschrieben, was für Berufsschulen mit einem Turnus-Schulsystem zu einer ungleichen Vertretung führt. Für Schulen mit vier Turnus-Blöcken bedeutet dies, dass mindestens die Hälfte der Schülervertreter:innen an keiner SGA-Sitzung teilnehmen kann. Dies führt zu einer verzerrten Repräsentation und lässt viele Stimmen ungehört. Wir fordern daher, dass in jedem Turnus mindestens eine SGA-Sitzung stattfindet, um sicherzustellen, dass alle Turnus-Blöcke gleichermaßen vertreten sind und die Meinungen der Schüler:innen zu allen Zeiten des Jahres gleichwertig gehört werden.

Ein weiteres Problem betrifft die Zeitressourcen der Lehrlinge. Da die Ausbildung größtenteils in den Betrieben stattfindet, haben Schüler:innenvertreter:innen oft Schwierigkeiten, an relevanten bildungspolitischen Veranstaltungen teilzunehmen. Um sicherzustellen, dass sie die gleichen Chancen haben, sich für ihre Mitschüler:innen einzusetzen, fordern wir die Freistellung von Lehrlingen für offizielle SV-, LSV- und BSV-Veranstaltungen während der Schul- sowie Arbeitszeit. Es ist unerlässlich, dass sie die Möglichkeit erhalten, an landes- oder bundesweiten Veranstaltungen teilzunehmen, um aktiv an bildungspolitischen Diskussionen teilzunehmen und die Interessen der Berufsschüler:innen zu vertreten.

Schließlich ist es wichtig, dass die Vertreter:innen der Berufsschulen angemessen informiert und unterstützt werden. Ein ganztägiges Seminar oder Treffen zwischen der Bildungsdirektion und den Schüler:innenvertreter:innen der Berufsschulen ist von entscheidender Bedeutung. Dieses Treffen sollte dazu dienen, sich über Anliegen und Probleme auszutauschen und über das überschulische Vertretungssystem aufzuklären. Nur durch eine solide Informationsgrundlage und einen offenen Dialog können wir sicherstellen, dass die Interessen der Berufsschüler:innen effektiv vertreten werden und dass ihre Bedürfnisse in bildungspolitischen Entscheidungen angemessen berücksichtigt werden.

Es an der Zeit, die Bedürfnisse und Interessen der Berufsschulen aus dem Schatten zu rücken. Es sollen endlich die Rechte und Interessen der Berufsschüler:innen

angemessen vertreten werden. Sodass jede:r Schüler:in die gleichen Chancen erhält, unabhängig von seinem:ihren Bildungsweg.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Mindestens eine SGA Sitzung in jedem Turnus an den Salzburger Berufsschulen
- Freistellung von Lehrlingen für offizielle SV-, LSV- und BSV-Veranstaltungen während der Schul- sowie Arbeitszeit
- Ein ganztägiges Seminar bzw. Treffen zwischen der zuständigen Stelle im Land mit der Berufsschul-Landesschüler:innenvertretung und den Schüler:innenvertreter:innen der Berufsschulen des jeweiligen Turnus, um sich über Anliegen und Probleme auszutauschen und über das überschulische Vertretungssystem aufzuklären

Antrag 18: Finanzbildung ist Zukunft – und feministische Selbstbestimmung!

Antragstellerin: Isabella Riegler (Akademisches Gymnasium Salzburg)

Inflation, steigende Preise und wirtschaftliche Unsicherheiten zeigen: Wir brauchen Finanzbildung – und zwar für alle, schon in der Schule! Besonders für Mädchen und junge Frauen ist sie entscheidend. Immer noch wird ihnen oft vermittelt, finanzielle Sicherheit über einen Partner zu suchen. Das ist nicht nur veraltet, sondern verhindert Gleichberechtigung und Chanengerehtgkeit. Denn echte Chancengerechtigkeit entsteht nur, wenn alle jungen Menschen – unabhängig von Geschlecht oder sozialem Hintergrund – Zugang zu Finanzwissen haben.

Deshalb fordern wir eine Bildung, die nicht nur Wissen über Kredite, Zinsen und Steuern vermittelt, sondern auch strukturelle Ungleichheiten sichtbar macht. Finanzbildung darf keine elitäre Angelegenheit bleiben, sondern muss alle Schüler:innen erreichen – unabhängig von Geschlecht oder Herkunft.

Finanzielle Bildung ist der Schlüssel zu Freiheit und Gleichberechtigung. Sorgen wir dafür, dass alle Schüler:innen selbstbewusst, informiert und unabhängig in ihre Zukunft starten!

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Die LSV soll sich dafür einsetzen, dass wirtschaftliche und finanzielle Grundbildung bereits ab der Pflichtschule in allen Schultypen verpflichtend unterrichtet wird.
- Die LSV soll sich aktiv dafür einsetzen, dass in der Oberstufe ein eigenes Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ eingeführt wird - unabhängig des Schultyps.
- Bis zur Einführung dieses Faches soll die LSV darauf hinwirken, dass regelmäßig Workshops mit Expert:innen zu wirtschaftlichen und finanziellen Themen an den Schulen angeboten werden.
- Die LSV soll fordern, dass praxisnahe Inhalte wie Budgetplanung, Kredite, Zinsen und Steuererklärungen verstärkt Teil des Unterrichts werden und so besser auf das echte Leben vorbereiten.
- Darüber hinaus soll sich die LSV dafür stark machen, dass Projekte wie Börsenspiele oder andere wirtschaftliche Simulationen verpflichtend durchgeführt werden, um wirtschaftliche Zusammenhänge praktisch erfahrbar zu machen.
- Besonders wichtig soll der LSV sein, dass dabei auch auf die finanzielle Bildung von Mädchen und jungen Frauen ein Schwerpunkt gelegt wird, um finanzielle Unabhängigkeit von Anfang an zu fördern.

Antrag 19: Weil es uns doch alle betrifft!

Antragstellerin: Leah Fuchs (PG St. Rupert)

Wie sollen wir verantwortungsvolle Entscheidungen treffen, wenn wir kaum wissen, wie Politik funktioniert? Es ist fast so, als würde man von uns erwarten, dass wir ein Auto fahren, ohne jemals eine Fahrstunde gehabt zu haben. Die politische Bildung an unserer Schule ist unzureichend – und das gefährdet unsere Zukunft als mündige Bürgerinnen und Bürger.

Jeder von uns verbringt viel Zeit damit, für Fächer wie Mathematik oder Biologie zu lernen. Aber was ist mit dem Wissen, das wir brauchen, um in unserer Gesellschaft aktiv zu werden?

In einer Zeit, in der politische Entscheidungen unser Leben maßgeblich beeinflussen, ist es erschreckend, dass viele Schülerinnen und Schüler kaum über die Grundlagen unserer Demokratie Bescheid wissen.

Politische Bildung ist entscheidend! Sie fördert kritisches Denken und die Fähigkeit, sich eigene Meinungen zu bilden. Sie hilft uns zu verstehen, welche Rechte wir haben und wie wir unsere Stimme nutzen können. Wenn wir nicht lernen, wie Politik funktioniert, sind wir eher dazu geneigt uns von ihr abzuwenden. Viele Jugendliche fühlen sich durch die mangelnde politische Bildung im Unterricht von solchen Themen entfremdet und resignieren, anstatt sich für ihre Rechte und Interessen einzusetzen. Genau das ist das Problem. Eben jene genannten Jugendlichen tendieren nämlich leider auch dazu, keinen Gebrauch von ihrem Wahlrecht zu machen und einfach kein Kreuzchen zu setzen. Und so verlieren wir unsere Stimmen, denn wenn wir nicht wählen, wenn wir nicht für uns entscheiden, dann wird es jemand anderer für uns tun.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Organisation von Projekttagen oder Workshops zu aktuellen politischen Fragen.
- Einladung von externen Experten, z.B. Politiker/innen oder Journalisten.

Antrag 20: Was wir essen macht uns doch viel mehr aus!

Antragsstellerin: Sara Karahodzic (Caritas)

Ernährungsbildung spielt eine entscheidende Rolle für die körperliche und geistige Gesundheit von Schülerinnen und Schülern. Derzeit wird dieses Thema meist nur am Rande im Biologie- oder Kochunterricht behandelt, was dazu führt, dass viele Jugendliche ohne ausreichendes Wissen über gesunde Ernährung, nachhaltigen Konsum oder die Auswirkungen ihrer Ernährungsgewohnheiten auf Umwelt und Gesellschaft die Schule verlassen. Eine verstärkte und strukturierte Auseinandersetzung mit diesem Thema ist daher von großer Bedeutung.

Ein praxisnahes und interdisziplinäres Ernährungsbildungskonzept kann dabei helfen, das Bewusstsein für gesunde Ernährung zu schärfen. Neben gesundheitlichen Aspekten sollten auch wirtschaftliche, ökologische und soziale Dimensionen berücksichtigt werden. Eine tiefere Verankerung dieses Themas im Schulalltag könnte dazu beitragen, nachhaltige und bewusste Konsumentscheidungen zu fördern und langfristig einen gesünderen Lebensstil zu ermöglichen.

Eine fundierte Ernährungsbildung in der Schule ist essenziell, um Schülerinnen und Schülern die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten für eine gesunde und nachhaltige Lebensweise zu vermitteln. Durch praxisnahe Unterrichtskonzepte und gezielte Projekte können sie lernen, bewusste Entscheidungen zu treffen, die nicht nur ihrer eigenen Gesundheit, sondern auch der Umwelt zugutekommen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen würde einen entscheidenden Beitrag zur Förderung einer gesundheitsbewussten und verantwortungsvollen Gesellschaft leisten.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Verpflichtende Eingliederung des Themas Ernährungsbildung in der Sekundarstufe I sowie Sekundarstufe II, Berufsschulen und sonstigen Schulformen Salzburgs, dass sowohl theoretische als auch praktische Aspekte umfasst
- Fächerübergreifende Integration der Ernährungsbildung in Biologie, Geografie, Wirtschaftskunde und Kochunterricht, um die Relevanz aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten.
- Verpflichtende Workshops und Projekte mit externen Expertinnen und Experten (Köchen, Landwirten, Wissenschaftlern, etc.) einmal in der Sekundarstufe I sowie einmal in der 9. Schulstufe an Salzburgsschulen
- Unterstützung für Schulprojekte wie Schulgärten, Kochkurse oder Ernährungstage, um den direkten Bezug zur Ernährung im Alltag zu stärken.

Antrag 21: Tiefer in die Schublade greifen – mental health matters

Antragstellerin: Hannah Reiter (BAfEP Salzburg)

Von Depressionen, Suizid oder Essstörungen wie Anorexie und Bulimie haben wir alle schonmal gehört, vielleicht sogar darüber in der Schule gelernt. Dabei ist die Bandbreite der psychischen Erkrankungen viel größer und tiefgehender. Angststörungen, Panikstörungen, Zwangsstörungen, Bindungsstörungen, Borderline, spezifische Phobien, bipolare Störungen, somatoforme Störungen, Derealisationserleben, Schizophrenie… Dies sind nur wenige von vielen Beispielen von unbekannteren psychischen Krankheiten.

Viele Jugendliche mit mentalen Problemen fühlen sich nicht richtig ernst genommen, werden nicht verstanden oder schämen sich sogar dafür. Kein Wunder, wenn so ein wichtiges Thema in der Schule sowie auch zuhause zu wenig angesprochen und teilweise sogar totgeschwiegen wird. Und das, obwohl wir aus Studien wissen, dass sich vor allem durch die Corona Pandemie die mentale Gesundheit von Jugendlichen stark verschlechtert und sich in den letzten Jahren definitiv nicht wieder verbessert hat.

In den letzten Jahren wurde zwar bereits auf diese Thematik aufmerksam gemacht, doch verändert hat sich bisher wenig. Kaum jemand weiß mehr als vielleicht ein paar oberflächliche Infos über eine der bekannteren psychischen Krankheiten. Dass es allein mehr Arten von Essstörungen als Anorexie oder Bulimie gibt, mentale Probleme nicht gleich Depressionen bedeuten und wie tiefgreifend dieses Thema wirklich ist – davon ist so gut wie nie die Rede.

Es mangelt an guter Aufklärung der Schüler:innen, sowie guter Ausbildung der Lehrer:innen und des Schulsupportpersonals. Dies wäre ein notwendiger Schritt, damit sich Betroffene respektiert und verstanden fühlen. Insbesondere die Schule sollte ein Wohlfühlort für alle jungen Menschen sein. Lasst sie uns durch breitflächige Aufklärung, tiefer greifende Informationen und Enttabuisierung des Themas Mental Health zu diesem Wohlfühlort gestalten!

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Ein eigenes Fach mit den Inhalten des Themas „Mental Health“ oder alternativ eine intensivere Einbettung und Aufklärung über unbekanntere psychische Krankheiten in Unterrichtsfächern wie Biologie, Sport oder Deutsch
- Verpflichtende Module zu psychischer Gesundheit im Lehramtsstudium, sowie jährliche verpflichtende Fortbildungen zu Erkennung und Umgang mit psychischen Problemen für Lehrkräfte, damit auf betroffene Schüler:innen besser reagiert und eingegangen werden kann
- Zusammenarbeit mit Eltern von der Schule aus, durch Infoabende zu Mental Health, damit auch zuhause mehr Unterstützung erfolgen kann
- Öfteres Vorstellen des Schulsupportpersonals und niedrigschwelliger Zugang zu psychologischer Beratung an Schulen (z.B. über anonyme Online-Chatangebote)

Antrag 22: Misogynie im Schulalltag bekämpfen

Antragsteller: Adrian Cháirez Eguía (BG/ Sport-Rg Saalfelden)

Am 2.5. erschießt in Maria Alm ein Mann eine Frau am hellichten Tag, bereits der 6. Femiziddes Jahres 2025. Vor wenigen wochen hat das Vereinigte Königreich unter der jetzigen Regierung beschlossen **Anti-Misogynie Inhalte** im Lehrplan zu Verankern, um weibliche Personen in Zukunft besser schützen zu können. In Österreich wird jedoch nicht einmal darüber geredet ob solche Maßnahmen nicht sinnvoll seien. Die Anzahl der **Femizide** hat sich im letzten Jahrzehnt mehr als **verdoppelt** und Jugendliche sehen in **Sexisten** wie Andrew Tate und Donald Trump ihre neuen Vorbilder. Dieser Umstand erhöht die Gefahr, dass die Zahlen weiter steigen.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Anti-Misogynie-Inhalte nach britischem Vorbild ab der Unterstufe
- Bessere Bildung im Bereich Sexismus und Misogynie
- direktes beschäftigen mit Misogynie in Ethik und Religion
- mehr Projekte die sich mit den Problemen und Gefahren von weiblichen Personen beschäftigen
- Weiterbildungen für Lehrer_innen im Bereich Misogynie